

# **Rede zum 1. Mai 2004 in Fulda**

**von Sven Giegold, Mitglied des Koordinierungskreises von Attac Deutschland**

**Liebe Freundinnen und Freunde,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

Zunächst möchte ich mich herzlich für diese Einladung bedanken. Es ist keineswegs selbstverständlich, dass ein Vertreter von Attac als Hauptredner auf einer Gewerkschaftskundgebung spricht. Vielmehr ist es Ausdruck der erfolgreichen Kooperation zwischen Gewerkschaften, Attac und vielen anderen progressiven Kräften, die zum großartigen Erfolg der Massendemonstrationen am 3. April geführt haben. Nun müssen wir gemeinsam dafür sorgen, dass die Zusammenarbeit weitergeht, damit dieser Erfolg auch politische Wirkung zeigt.

Der DGB hat für diesen 1. Mai mit „Unser Europa“ ein hervorragendes Motto gewählt. Nicht nur wegen der heute vollzogenen EU-Osterweiterung, sondern auch weil die heutige Konstruktion der Europäischen Union ein entscheidender Grund für den Sozialabbau ist, den wir überall in Europa erleben.

Es ist die scharfe wirtschaftliche Konkurrenz zwischen den europäischen Ländern, die Druck auf die Löhne und unser Sozialsystem macht. Nicht von den USA, China oder Indien geht der entscheidende Konkurrenzdruck aus. Es ist vielmehr der harte Wettbewerb zwischen den direkt benachbarten EU-Mitgliedsländern, der so viele Probleme erzeugt.

Immer deutlicher wird nun der grundlegende Konstruktionsfehler der EU. Die Wirtschaft operiert fast grenzenlos zwischen den Mitgliedsländern. Für Kapital, Güter, Dienstleistungen und Unternehmen spielen die nationalen Grenzen immer weniger eine Rolle. Soziale, ökologische und demokratische Regeln, darunter auch die Lohnfindung bleiben, jedoch national. Soziale Einrichtungen, soziale Sicherheit und Umweltschutz kosten jedoch Geld, öffentliche Gelder. Sie werden damit für die Unternehmen zu lästigen Kostenfaktoren.

Das ist der entscheidende Konstruktionsfehler der Europäischen Union! Wenn wir diesen Fehler nicht beheben, werden wir über kurz oder lang große Teile unseres Solidarsystems verlieren.

Es ist jedoch noch schlimmer.

Die Europäische Zentralbank interessiert bei ihrer Geldpolitik, also der Politik, die über die Zinssätze bestimmt, nur eines: Inflation, Inflation und noch einmal Inflation. Anders als die Zentralbank in den USA nimmt sie kaum Rücksicht auf die Entwicklung der Konjunktur und der Arbeitslosigkeit. Sie trägt damit zur hohen Arbeitslosigkeit bei.

Besonders bunt treibt es die Union im Bereich des Steuerwettbewerb. Die verschiedenen Mitgliedsländer konkurrieren praktisch unbeschränkt um die niedrigsten Steuern auf Zinsen und Dividenden und die Gewinne transnationaler Unternehmen. Das hat entscheidend dazu beigetragen, dass auch in Deutschland die großen Konzerne keine Steuern mehr zahlen. Das Geld fehlt dann zur Finanzierung von Kindergärten, Bildung und sozialer Sicherheit.

Was machen angesichts dieser Konstruktionsfehler der EU unsere Politikerinnen und

Politiker? Immer wenn sie aus Brüssel von wichtigen Verhandlungsrunden nach Hause kommen, bringen sie weitere Liberalisierungen mit. Die wirtschaftliche Konkurrenz zwischen den EU-Staaten wird immer weiter angeheizt. In Sonntagsreden sind praktisch alle deutschen Volksvertreterinnen und Volksvertreter für mehr soziale und steuerliche Regeln auf der europäischen Ebene. Wenn sie jedoch von ihren Brüsseler Sitzung nach Hause kommen, wollen sie uns weis machen, dass dies wieder einmal nicht durchsetzbar war.

Das dürfen wir ihnen nicht länger durchgehen lassen! Wir sollten daher klar und deutlich verlangen: Solange es nicht endlich zur Internationalisierung sozialer Rechte kommt, stellen wir uns gegen weitere wirtschaftliche Liberalisierung!

Viele Politikerinnen und Politiker wollen den schärferen Wettbewerb in der EU. Wir dürfen uns von ihren Sonntagsreden für soziale Standards nicht länger täuschen lassen!

Aber: Europäischer Binnenmarkt und die Globalisierung sind nicht für alles verantwortlich, was an Sozialabbau bei uns läuft!

Auch innerhalb der immer stärkeren internationalen Konkurrenz gibt es Spielräume. In Skandinavien sieht man, dass wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und niedrigere Arbeitslosigkeit sehr wohl mit stärkeren sozialen Rechten und öffentlichen Ausgaben vereinbar sind; auch unter Bedingungen der Globalisierung. Auch wenn es neoliberale Anpassungen ebenfalls in Skandinavien gibt, so ist das Niveau sozialer und öffentlicher Leistungen trotzdem weitaus höher als bei uns. Es gibt keinen Sachzwang sich im Zuge der Globalisierung an den USA oder Großbritannien zu orientieren.

Leider erscheint der Sozialabbau in Deutschland derzeit der leichtere der verschiedenen möglichen Wege. Um die ungerechten Einschnitte trotzdem durchzuziehen, werden von allen im Bundestag vertretenen Parteien, Wirtschaft und wichtigen Teilen der Medien neoliberale Mythen aufgebaut. Um nur einige dieser Mythen zu nennen:

Mythos Nr. 1: Es ist kein Geld da.

Die öffentlichen Kassen sind leer, das stimmt. Aber unsere Gesellschaft ist gleichzeitig als ganzes nicht ärmer geworden. Seit den 60er Jahren hat sich das Einkommen pro Kopf verdreifacht. Nun wird gestrichen, was damals eingeführt wurde. Wie kann das sein? Das versteht doch kein normal denkender Mensch! Fakt ist, dass in Eichels Kassen Ebbe ist. Fakt ist aber auch, dass die fehlenden 50 Mrd. € ziemlich genau der Betrag ist, den er vorher den großen Unternehmen und Gutverdienenden im Zuge der Steuerreform erlassen hat. Es ist selbstverschuldetes Elend! Es ist genug für alle da!

Mythos Nr. 2.: Demographie zwingt zum Sozialabbau.

Da unsere Gesellschaft immer älter wird und immer mehr alte Menschen von weniger Jungen finanziert werden müssen, können wir uns die soziale Sicherung angeblich nicht mehr leisten. Komisch nur, dass die Rürup-Kommission trotz aller Alterung der Gesellschaft mit einer weiteren Zunahme des Bruttosozialprodukts pro Kopf und Jahr von 1,8% rechnet. Wenn also die Renten insgesamt langsamer als 1,8% p.a. steigen sollen, so muss irgendjemand mehr bekommen. Es ist also doch eine Verteilungsfrage. Wie kann das sein? Ganz einfach: Die Erhöhung der Produktivität schlägt die Alterung. 1925 kamen auf knapp zwölf Erwerbstätige ein Rentner. Heute arbeiten knapp 4 Erwerbstätige für eine Rentnerin. 2040 sollen es rund 2 sein. Trotzdem konnten alle - Alte wie Junge – ihre Einkommen stetig steigen. Ein Generationenkrieg war nicht nötig. Ein Sachzwang zum Abbau der Sozialsysteme existiert

auch heute nicht. Wahr ist nur, dass wir Jüngeren einen wachsenden Anteil unserer Wertschöpfung an die Älteren abgeben müssen. Trotzdem werden auch wir Jüngeren im Durchschnitt der Jahre mit wachsenden Einkünften rechnen dürfen. Die Erhöhung der Produktivität schlägt eben die Alterung. Worüber wir allerdings nachdenken müssen: Wie können wir das dahinter liegende wirtschaftliche Wachstum mit den ökologischen Grenzen in Einklang bringen. Technisch und politisch möglich wäre es. Nur die Bereitschaft zur Veränderung unseres Lebensstils muss schneller als die Wirtschaft wachsen.

Mythos Nr. 3: Niedrigere Steuern sind gut für die Wirtschaft.

Es gibt keinen Beweis, dass die Wirtschaft besser funktioniert, wenn der Staat klein ist. Länder mit ganz verschiedenen großen öffentlichen Systemen können ökonomisch erfolgreich und erfolglos sein. Klar ist nur: Bei niedrigen Steuern und Abgaben gibt es kein Geld für Schulen, Kindergärten, Unis, öffentliche Einrichtungen und Umverteilung.

Mythos Nr. 4: Dem Arbeitsmarkt geht es besser, wenn die Löhne sinken.

Es scheint so einleuchtend: Wenn man die Arbeit billiger macht, dann wird mehr Arbeit nachgefragt. Doch die Arbeitskosten sind gleichzeitig die Stütze der Binnennachfrage. Wer sie generell senken will, macht die Wirtschaft kaputt. Für die Bereiche der Wirtschaft, in denen mit gesellschaftlich sinnvoller Arbeit nur niedrige Erträge am Markt erzielt werden können, müssen maßgeschneiderte Lösungen ohne Lohndumping gefunden werden. Staatlich geförderte Dienstleistungsagenturen und die Ausweitung öffentlich finanzierter Beschäftigung sind ein guter Weg. Auch die sozialen Sicherungssysteme progressiver als heute zu finanzieren, wäre ein sinnvoller Schritt,

Mythos Nr. 5: Durch Sparen in der Krise senkt man die Staatsschulden.

Wer wie Eichel und Schröder in der Wirtschaftskrise Sparpolitik durchzieht, erntet eine noch tiefere Krise und damit noch höhere Schulden. Die jetzigen Probleme gehen zu einem guten Teil auf dieses Konto. Schulden kann man nur in guten Zeiten abtragen. Hier haben unsere Politiker schwere Fehler gemacht und machen nun zum Ausgleich alles noch schlimmer.

Mythos Nr. 6: Deutschland ist nicht wettbewerbsfähig

Der neuste Mythos, der vor einigen Jahren schon mal aktuell war, ist: Deutschland ist nicht wettbewerbsfähig. Sicher gibt es Standortverlagerungen von Deutschland ins Ausland. Das ist tragisch für die jeweils betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ich verstehe jeden und jeder, der oder die sich dagegen zur Wehr setzt. Aber: Wir sollten nicht vergessen, dass auch die starken deutschen Exporte zahlreiche Arbeitsplätze im Ausland vernichtet haben. Insgesamt ist Deutschland äußerst wettbewerbsfähig. Das zeigt schon ein Außenhandelsüberschuss von über 100 Mrd. € und die ständig sinkenden Lohnstückkosten, übrigens auch im Vergleich zu unseren wichtigsten Konkurrenzländern. Lassen wir uns also nichts einreden: Die ökonomischen Probleme hierzulande kommen nicht durch eine schwache Außenwirtschaft, sondern durch die strangulierte Nachfrage im Inland.

Trotz aller Versuche diese Mythen in die Köpfe zu hämmern, wird immer mehr Menschen klar, dass in Deutschland ein Machtkampf abläuft. Die Vermögenden und Spitzenverdiener, kurz die politische und wirtschaftliche Elite in diesem Land, wollen die Kosten des Sozialstaates nicht mehr mittragen. Sie suchen nicht gemeinsam mit der großen Mehrheit der Bevölkerung nach Wegen, wie Globalisierung und soziale Gerechtigkeit unter einen Hut gebracht werden können. Sie reden vielmehr von Deregulierung und mehr Eigenverantwortung, meinen jedoch die eigenen höheren Einkommen und Renditen.

Sichtbar wird der enorme Verlust an wirtschaftlicher und sozialer Moral auch an den immer

häufigeren skandalösen Versuchen der Erpressung und Abzocke.

- Die Abfindungen bei Mannesmann der Herren Esser und co.
- Die Weigerung von Müller-Milch Müller, nachdem er hier reich geworden ist, die ohnehin im internationalen Vergleich niedrigen Erbschaftssteuern zu zahlen. Lieber setzt er sich in die Schweiz ab.
- Die Erpressung durch Siemens-Chef von Pierer: Entweder unbezahlte Mehrarbeit oder Abwanderung ins Ausland.
- Die Verordnung von unbezahlten Überstunden durch die Ministerpräsidenten Stoiber und Steinbrück.

Dies alles – die politische Organisation eines enormen internationalen Wettbewerbsdrucks, der Aufbau neoliberaler Mythen und die Weigerung die Kosten des Sozialstaates mitzutragen – summieren sich zu einer offenen Aufkündigung des historischen Klassenkompromisses. Das Kapital wird aus der demokratischen Kontrolle im Rahmen der Nationalstaaten entlassen. Der rheinische hat sich zum schweinishen Kapitalismus gewandelt.

Wenn es unter den Bedingungen der Globalisierung nicht mehr gelingt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Entwicklung der Produktivität zu beteiligen,

Wenn die Mehrheit der politischen und wirtschaftlichen Eliten verhindert, dass es zu einer Re-Regulierung der Ökonomie auf internationaler Ebene kommt,

dann müssen wir anfangen grundsätzlichere Fragen zu stellen.

Sozialer Frieden ist auch in Deutschland keine Selbstverständlichkeit. Wirtschaftliche „Freiheit“ und soziale Verantwortung sind zwei Seiten derselben Medaille. Wenn das Kapital sich im Zuge der Globalisierung nicht mehr zügeln lässt, dann muss wohl über die Einschränkung der Rechte des Kapitals nachgedacht werden.

Ich bin nach realistischer Abwägung der Vor- und Nachteile ein Befürworter der Marktwirtschaft, auch wenn es dazu innerhalb von Attac keinen Konsens gibt, aber diese offensichtliche Aufkündigung des Klassenkompromisses ist nicht hinnehmbar und muss eine entschiedene Antwort von uns erfahren. Kapitalverkehrsfreiheit, offene Grenzen für den Handel und Nutzung der Gewinne sind eben keine natürlichen Rechte, sondern immer gesellschaftlich gewährte Rechte. Diese aufzuheben oder einzuschränken, wäre die eine ökonomisch ineffiziente aber logische Konsequenz der Aufkündigung des Klassenkompromisses. Eine andere Sprache verstehen die Henkels, Müllers und von Pierers nicht!

Dabei sollten wir uns eines nicht einreden lassen: Der Sozialabbau ist alternativlos und es gäbe keine Alternativen.

Attac wird in Kürze gemeinsam mit Gewerkschaften ein Konzept für eine „Solidarische Einfachsteuer“ vorstellen. Diese Steuerreform wird das Steuersystem einfacher und vor allem sozial gerechter machen. Die Steuersätze werden gesenkt, Ausnahmetatbestände und unnötige Kompliziertheiten abgeschafft.

Die sozialen Sicherungssysteme müssen mit Hilfe einer Bürgerversicherung, die das gesamte Volkseinkommen einbezieht, reformiert werden. Wenn nicht nur Arbeitseinkünfte sondern, auch Kapitaleinkommen die sozialen Sicherungssysteme finanzieren, ist soziale Sicherheit für alle machbar.

Wir brauchen mehr öffentliche Investitionen in die ökologische Infrastruktur, im Gesundheitsbereich und vielen anderen sozialen Einrichtung, im Bildungsbereich sowie in Forschung und Entwicklung.

Wir verlangen die Internationalisierung sozialer, ökologischer und demokratischer Regulierungen.

Diese und viele andere Reformen sind machbar. Sozialabbau ist nicht alternativlos.

Allerdings müssen wir auch bei den Alternativen weiterdenken. Die klassische Vollbeschäftigung kommt nicht wieder. Angesichts der hohen Produktivität können nicht alle Erwachsenen 35 oder 40 Stunden in sinnvoller und guter Arbeit erwerbstätig sein. Deshalb sind heute wie in der Vergangenheit deutliche Schritte der Arbeitszeitverkürzung notwendig.

Ferner befürchte ich, dass zumindest in der absehbaren Zukunft Tarifverträge allein nicht mehr ein angemessenes Lohnniveau für alle sichern können. Daher sollten wir gemeinsam zwei Forderungen stark machen:

Einen gesetzlichen Mindestlohn für alle Menschen in Erwerbsarbeit.

Sowie eine bedingungslose Grundsicherung für alle Menschen außerhalb der Erwerbsarbeit

Liebe Freundinnen und Freunde! Die Alternativen sind da! Wir lassen uns nichts anderes einreden. Es geht vielmehr darum, den Bereich zurückerobern, den die offenen wirtschaftlichen Grenzen und die neoliberale Ideologie der Demokratie genommen haben.

Es geht darum die Zukunft wieder in die eigenen Hände zu nehmen und uns nicht den scheinbaren Sachzwängen der Globalisierung zu beugen! Gewerkschaften, soziale Bewegungen werden dies nur in einem breiten Bündnis mit allen progressiven Kräften in der Gesellschaft erreichen. Lasst uns dieses Bündnis gemeinsam weiterführen! Nur so kann es gelingen!